



# UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

## A-AA-AAA

Es geht dabei nicht um das Bedürfnis von Kleinkindern, die es auf diese Weise kundtun, obwohl die Funktion identisch ist. Gemeint ist das sogenannte Rating, das von Agenturen vorgenommen wird, um die Kreditwürdigkeit von Banken oder Ländern zu beurteilen. Tripple A, also AAA, bekommen immer die USA, jener Staat, der Schulden angehäuft hat, die er nie wieder zurückzahlen wird können. Der Finanzminister hat endlich zugegeben, dass die USA pleite sind. Aber die Ratingagenturen geben diesem Staat immer noch die höchste Wertung. Wenn ihre Beurteilung ernst genommen werden sollte, würden Griechenland, Irland, Spanien, Portugal und Italien wohl als erste Tripple A verdienen. Noch besser wäre der vom famosen Arnold Schwarzenegger in die Pleite geführte Bundesstaat Kalifornien, die achtgrößte Volkswirtschaft der Welt, einzustufen. Deutschland, als Exportweltmeister hingegen wird zurückgestuft, wenn es sich für den Euro einsetzt.

Diese Sorgen haben die USA schon lange nicht. Der Dollar ist nicht einmal mehr das Papier wert, auf dem er gedruckt wird. Diesen benützen sie, um „harte“ Währungen, hinter denen echte Wirtschaftsleistungen stehen, zu zerstören. Die Erfahrung hat bestätigt, was jeder, der noch logisch denken kann, schon vor dem EU-Beitritt wissen konnte. Nicht in der EU sind wir sicher, sondern in kleinen, selbstbewussten Staaten, mit einer starken lokalen, eigenständigen Wirtschaft, mit aufmerksamen Volksvertretern und nicht solchen, die in einer Zeitung als „junge Dolme“ bezeichnet wurden. Wäre das wahr, was uns vor dem EU-Beitritt vorgegaukelt wurde, müsste der Schweizer Franken, die Dänische und Schwedische Krone längst entwertet worden sein, weil diese Länder den Euro nicht eingeführt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Ihre Währungen sind stärker geworden, der Euro-Sumpf ist Tummelplatz für Finanzhaie, den sie sich gewünscht haben. Und die „Euro-Dolme“ machen sich mit ihren Scheinaktivitäten in den Augen der brutalen Finanzspekulanten immer lächerlicher, so lange sie sich unterkriegen lassen, Erdöl immer noch mit Dollar bezahlen und sich von den US-dominierten Ratingagenturen an der Nase herumführen lassen. Daran können wir erkennen, wie die Politik einzustufen ist, womit ich wieder am Anfang der Kolumne angelangt bin, wo sie wörtlich wird.



# Unsere REICHE Kirche

Abseits des Weihrauches ist die katholische Kirche ein Wirtschaftsunternehmen mit Milliarden-Umsatz. Neben Kirchenbeitrag und Grundbesitz halten die Steuermillionen aller Bürger die Religionsgemeinschaft am Leben. Durch ein Volksbegehren soll das jetzt geändert werden.

Es waren die zahlreichen, jahrelang vertuschten Missbrauchsfälle, die das Fass zum Überlaufen brachten. „Die Betroffenen haben das Gefühl, die Kirche verfolgt ein eigenes Recht“, sagt Niko Alm von der „Initiative gegen Kirchenprivilegien“. Die Kirche lässt eine Kommission „ermitteln“ und zahlt Ent-

schädigungen – bis zu 50.000 Euro in besonders schweren Einzelfällen.

Deshalb fordert die „Initiative gegen Kirchenprivilegien“ nicht nur die lückenlose Aufklärung der Missbrauchsfälle. Geht es nach Niko Alm und seinen Mitstreitern (neben der „Plattform Betroffener kirchlicher Gewalt“ sind

es vor allem kirchenkritische Organisationen), ist bald Schluss mit der „Sonderstellung insbesondere der katholischen Kirche, die aus dem Mittelalter herrührt.“

Die Millionenbeträge, die jährlich



„Die Verantwortlichen sollen offenlegen, wie viel Steuergeld sie bekommen.“

**Niko Alm, Initiative gegen Kirchenprivilegien**

von unserem Steuergeld in die Klingelbeutel der Diözesen und Orden fließen, sollen der Vergangenheit angehören. „Die Kirche hat nicht die moralische Berechtigung, um derartige Summen von den Steuerzahlern zu lukrieren. Die Verantwortlichen sollen offen legen, wie viel sie an öffentlichem Geld bekommen. Dann können die Steuerzahler entscheiden.“ Ab 15. März liegen die Unterstützungserklärungen für das „Kirchen-Privilegien-Volksbegehren“ auf den Gemeindeämtern auf. 8.032 Unterschriften sind notwendig. Noch vor Weihnachten soll dann das eigentliche Volksbegehren starten.

Die katholische Kirche ist ein Großkonzern mit geschätzten 1,5 Milliarden Euro Umsatz. Allein die Kirchensteuer der 5,45 Millionen Gläubigen bringt rund 400 Millionen Euro jährlich.

Der Kirchenbeitrag ist aber nicht die einzige Geldquelle. Eigene Firmen und Ländereien werfen einiges ab. Die Kirche ist – nach Adel und Bundesforsten – der drittgrößte Grundbesitzer unseres Landes. Allein in Wien wird der Immobilienmarktanteil der katholischen Kirche auf ein Zehntel geschätzt. Die sogenannten Mensalgüter der Bischöfe könnten sich laut Fachleuten auf bis zu 350 Millionen Euro belaufen. Und die Diener Gottes leisten sich sogar eine eigene Bank. 85 Prozent des Aktienkapitals des Bankhauses „Schelhammer und Schattera“ gehören „Institutionen der römisch-katholischen Kirche Österreichs.“

Doch die katholische Kirche be-

kommt auch Geld vom Staat. 17,2 Millionen werden pro Jahr als Entschädigung für den Religionsfonds gezahlt, den die Nazis beschlagnahmten. Kaiser Josef II. hatte den Fonds 1782 mit dem Vermögen von mehr als 700 aufgelassenen Klöstern und Kirchen gegründet. Aus seinen Mitteln erhielt sich die Kirche bis 1938 teilweise.

Für Großveranstaltungen greift der Staat der Glaubensgemeinschaft zusätzlich unter die Arme. So flossen für den Katholikentag 2004 in Mariazell mehr als eine Million Euro aus dem Budget des Bundeskanzleramtes in den Kirchen-Klingelbeutel. Der Papstbesuch drei Jahre später anlässlich des 850-Jahr-Jubiläums des Wallfahrtsortes schlug sich mit

von 1934 – einer völkerrechtlichen Vereinbarung zwischen der Republik Österreich und dem Heiligen Stuhl. „Kirchliche Besitztümer sind vielfach von der Grundsteuer befreit“, erklärt Niko Alm. „Religiöse Hochschulen werden vom Staat bezahlt, aber vom Vatikan kontrolliert.“

Auch bei der Erhaltung kirchlicher Denkmäler greifen die Diener Gottes tief ins Steuersäckel. „Fast die Hälfte der Denkmalausgaben dient der Erhaltung kirchlicher Bauten“, weiß der Anti-Kirchenprivilegien-Kämpfer Alm.

Bei den EU-Landwirtschaftsförderungen (ebenfalls von unserem Steuergeld) kassiert die Kirche auch kräftig mit. Allein die 15 größten kirchlichen Betriebe erhielten 2009 mehr als vier Millionen Euro.



Prunk und Pomp – Kardinal Schönborn, der päpstliche Nuntius Zurbriggen und der slowenische Erzbischof Stres feiern eine Messe in Mariazell.

1,4 Millionen Euro nieder.

Vor zwei Jahren wurde zudem der Steuerabsetzbetrag für den Kirchenbeitrag auf 200 Euro erhöht. Bis zu 73 Euro bekommt der brave Kirchensteuer-Zahler jetzt von der öffentlichen Hand zurück.

Seit 1971 trägt der Staat auch die gesamten Lehrerkosten an Privatschulen von anerkannten Religionsgemeinschaften. Die Pädagogen verschlingen neun Zehntel des Schulaufwandes. Konfessionslose Privatschulen haben darauf aber keinen Rechtsanspruch.

Dazu kommen weitere Sonderrechte aufgrund des Konkordates

Kirchlicher „Subventionskaiser“ war das Chorherrenstift Klosterneuburg mit 680.000 Euro.

Mehr als 87.000 Gläubige traten im Vorjahr aus der Kirche aus. Für die Diözesen bedeutet das Einbußen von rund fünf Millionen Euro. „Offensichtlich hat es besonders vielen Menschen gereicht“, sagt Niko Alm. „Wir wollen den Enttäuschten Auswege zeigen.“ Übertriebene Hoffnungen auf schnelle Veränderungen hat er nicht. Aber: „Die für die Behandlung im Parlament notwendigen 100.000 Unterschriften werden wir locker erreichen. Und dann kann uns die Politik nicht ignorieren.“ *bike*